Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 1 **München, den 19. Januar** **2016**

Datum	Inhalt	Seite
21.12.2015	Bekanntmachung des Achtzehnten Staatsvertrags zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Achtzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) 2251-6-S	2
21.12.2015	Bekanntmachung des Abkommens zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik 805-7-A/U	4
12. 1.2016	Satzung der Bayerischen Forschungsstiftung (FoStS) 282-2-11-1-W	7
	Druckfehlerberichtigung der Bayerischen Fahrberechtigungsverordnung (FBerV) vom 8. Oktober 2009 (GVBl. S. 510) 9210-8-I	10

Dieser Ausgabe des Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatts liegt die **Inhaltsübersicht für das Jahr 2015** bei.

2251-6-S

**Bekanntmachung
des Achtzehnten Staatsvertrags
zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge
(Achtzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)**

vom 21. Dezember 2015

Der Landtag des Freistaates Bayern hat mit Beschluss vom 8. Dezember 2015 (Drs. 17/9419, Drs. 17/8224) den im Zeitraum von 9. September bis 28. September 2015 unterzeichneten Achtzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Achtzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrags (RStV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juli 2001 (GVBl. 2001 S. 502, BayRS 2251-6-S), der zuletzt durch Art. 2 des Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsver-

trags (GVBl. 2015 S. 502) geändert worden ist, zugestimmt. Der Staatsvertrag wird nachstehend bekannt gemacht.

München, den 21. Dezember 2015

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

**Achtzehnter Staatsvertrag
zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge
(Achtzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)**

Das Land Baden-Württemberg,
der Freistaat Bayern,
das Land Berlin,
das Land Brandenburg,
die Freie Hansestadt Bremen,
die Freie und Hansestadt Hamburg,
das Land Hessen,
das Land Mecklenburg-Vorpommern,
das Land Niedersachsen,
das Land Nordrhein-Westfalen,
das Land Rheinland-Pfalz,

das Saarland,
der Freistaat Sachsen,
das Land Sachsen-Anhalt,
das Land Schleswig-Holstein und
der Freistaat Thüringen
schließen nachstehenden Staatsvertrag:

Artikel 1

Änderung des Rundfunkstaatsvertrages

Der Rundfunkstaatsvertrag vom 31. August 1991, zuletzt geändert durch den Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 18. Juni 2015, wird wie folgt geändert:

§ 7 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
- aa) Es wird folgender neuer Satz 1 eingefügt:
- „Werbung ist Teil des Programms.“
- bb) Die bisherigen Sätze 1 und 2 werden zu den Sätzen 2 und 3.
- cc) Im neuen Satz 3 werden die Wörter „Satz 1 gilt“ durch die Wörter „Sätze 1 und 2 gelten“ ersetzt.
- b) Es wird folgender neuer Absatz 11 eingefügt:
- „(11) Die nichtbundesweite Verbreitung von Werbung oder anderen Inhalten in einem zur bundesweiten Verbreitung beauftragten oder zugelassenen Programm ist nur zulässig, wenn und soweit das Recht des Landes, in dem die nichtbundesweite Verbreitung erfolgt, dies gestattet. Die nichtbundesweit verbreitete Werbung oder andere Inhalte privater Veranstalter bedürfen einer gesonderten landesrechtlichen Zulassung; diese kann von gesetzlich zu bestimmenden inhaltlichen Voraussetzungen abhängig gemacht werden.“
- c) Der bisherige Absatz 11 wird der neue Absatz 12 und die Verweisung „Absätze 1 bis 10“ wird durch die Verweisung „Absätze 1 bis 11“ ersetzt.

Artikel 2

Kündigung, Inkrafttreten, Neubekanntmachung

(1) Für die Kündigung des in Artikel 1 geänderten Staatsvertrages sind die dort vorgesehenen Kündigungsvorschriften maßgebend.

(2) Dieser Staatsvertrag tritt zum 1. Januar 2016 in Kraft. Sind bis zum 31. Dezember 2015 nicht alle Ratifikationsurkunden bei der Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz hinterlegt, wird der Staatsvertrag gegenstandslos.

(3) Die Staatskanzlei des Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz teilt den Ländern die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden mit.

(4) Die Länder werden ermächtigt, den Wortlaut des Rundfunkstaatsvertrages in der Fassung, die sich aus Artikel 1 ergibt, mit neuem Datum bekannt zu machen.

Für das Land Baden-Württemberg:

Berlin, den 9. September 2015

Winfried Kretschmann

Für den Freistaat Bayern:

Berlin, den 9. September 2015

Horst Seehofer

Für das Land Berlin:

Berlin, den 9. September 2015

Michael Müller

Für das Land Brandenburg:

Berlin, den 10. September 2015

Dietmar Woidke

Für die Freie Hansestadt Bremen:

Berlin, den 9. September 2015

Carsten Sieling

Für die Freie und Hansestadt Hamburg:

Berlin, den 9. September 2015

Olaf Scholz

Für das Land Hessen:

Berlin, den 9. September 2015

Volker Bouffier

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern:

Berlin, den 9. September 2015

Erwin Sellering

Für das Land Niedersachsen:

Hannover, den 28. September 2015

Stephan Weil

Für das Land Nordrhein-Westfalen:

Berlin, den 9. September 2015

Hannelore Kraft

Für das Land Rheinland-Pfalz:

Berlin, den 9. September 2015

Malu Dreyer

Für das Saarland:

Berlin, den 9. September 2015

Annegret Kramp-Karrenbauer

Für den Freistaat Sachsen:

Berlin, den 9. September 2015

Stanislaw Tillich

Für das Land Sachsen-Anhalt:

Berlin, den 9. September 2015

Reiner Haseloff

Für das Land Schleswig-Holstein:

Kiel, den 18. September 2015

Torsten Albig

Für den Freistaat Thüringen:

Berlin, den 9. September 2015

Bodo Ramelow